

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Köningstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehm, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Justus Schubert gefallen. — Die Vereinsgesetznovelle und ihre Gegner. — Arbeitslohn und Lebensmittelpreis. — Was geht vor? (I). — Metrisches Maß, metrische Garnnummer und Fadenzahl (II). — Die Lage der Stidereiindustrie während des Krieges. — Aus der Textilindustrie. — Betriebsgewinne der Textilaktiengesellschaften. — Zoll- und handelspolitische Nachrichten. — Organisationsfragen. — Für unsere Frauen. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Vermischtes. — Fachtechnisches. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Die Begegnung der Feinde.

Justus Schubert gefallen.

Wieder ist uns ein Angestellter unseres Verbandes durch den Krieg für immer entrisen worden: Justus Schubert aus M.-Gladbach. Schubert galt lange Zeit vermisst, es ist jetzt aber sicher, daß er in der ersten Hälfte des Oktober des vorigen Jahres in Frankreich gefallen und von französischen Soldaten zur letzten Ruhe gebettet worden ist. Möge ihm die französische Erde leicht werden, in der er im besten Mannesalter die ewige Ruhe gefunden hat. Sein Andenken wird bei uns allezeit fortleben.

Die Vereinsgesetznovelle und ihre Gegner.

Dem Reichstage ist eine Vorlage zugegangen, die lautet: „Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908.“ Der Entwurf enthält eine Ergänzung, man könnte eigentlich sagen eine Auslegung der Bestimmungen des § 17 des Vereinsgesetzes, und ist zu betrachten als eine Konzeption an die Gewerkschaften, die durch den § 17 des Vereinsgesetzes in ihrer Existenz bedroht wurden, indem man sie mit Hilfe dieses Paragraphen zu politischen Vereinen zu stempeln und sie daran zu hindern suchte, jugendliche Personen als Mitglieder aufzunehmen. Wir sind ja vor dem Kriege mit unserem Verband auch solchen Bedrohungen ausgesetzt gewesen.

Der Gesetzesvorschlag, der zukünftig eine solche Bedrohung der Gewerkschaften unmöglich machen soll, hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche An gelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.“

Ob durch diesen Wortlaut der Zweck erreicht wird, das soll zunächst dahingestellt bleiben. Der Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, vertritt im „Vorwärts“ vom 4. Mai 1916 den Standpunkt, daß dies der Fall sei, von anderer Seite wird das bezweifelt. Die Reichstagsverhandlungen über die Vorlage werden da wohl Klarheit schaffen. Wir neigen auch der Ansicht des Genossen Legien zu, daß man aus dem klaren Wortlaut der vorgeschlagenen neuen Bestimmung entnehmen muß, daß diese Bestimmung Gewerkschaften aller Art, also auch die der Staats- und Gemeindegewerkschaften, der Bureau- und Kassenangestellten, wie auch die der Dienstboten und Landarbeiter, umfaßt, und daß die Vorschriften der §§ 3 und 17 des Vereinsgesetzes auf die so umschriebenen Gewerkschaften nicht anwendbar sind. Es würde dann für diese Vereine die Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen und des Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes in Wegfall kommen, und sie würden das unbeschränkte Recht haben, Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufzunehmen.

Wie schon gesagt, wollen wir heute nicht näher untersuchen, ob diese Annahme in allen Einzelheiten richtig ist; heute gilt es vielmehr Front zu machen gegen die reaktionären Strömungen, die sich gegen den Gesetzesvorschlag geltend machen. Natürlich sind es da wieder die Junker, die den Ton angeben, und fast ebenso natürlich ist es, daß die organisierten Textilindustriellen kräftig mit in den die Reform abweisenden Ton einstimmen.

Es war schon lange bekannt, daß die Junker Kanäle in die Kreise der Regierung geleitet hatten, um es mit Hilfe der durch diese Kanäle geleiteten Gegenagitation zu verhindern, daß ein im Reichstage gegebenes Versprechen der Regierung zur Einlösung gelange. Die Gewerkschaften haben in dieser schweren Kriegszeit doch wahrhaftig gezeigt, daß sie Verständnis haben für die Schwierigkeiten, in die unser Land und

Volk geraten sind. Sie haben Ungeahntes getan und noch vielmehr in Vorschlag gebracht, um dem Volke die Kriegsnot zu lindern. Wenn vieles von dem Vorgeschlagenen unausgeführt blieb, so trifft die Gewerkschaften keine Schuld. Jedenfalls steht fest, daß auch die Regierung anerkannt hat, eine wie wertvolle Tätigkeit für das Wohl der Gesamtheit die Gewerkschaften in diesem Kriege geleistet haben. Am 20. März 1915 sagte der Staatsminister Dr. Delbrück hierüber im Reichstage folgendes:

„... Es gibt oder hat bis vor kurzem nur wenige gegeben, die außerhalb der unmittelbar beteiligten Kreise in der Lage waren, die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften zu übersehen. Es war fable convenue (überkommene Anschauung), daß die Gewerkschaften vorzugsweise politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien seien, während tatsächlich nach meiner Ueberzeugung, nach einer Ueberzeugung, die nach meiner Ansicht der Krieg sehr viel weiter verbreiten wird, die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Ich habe bereits vor dem Kriege wiederholt darauf hingewiesen, daß nach meiner Auffassung die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtssystem hätten, und daß es notwendig sein würde, hier die bessernde Hand anzulegen...“

Trotzdem also die Hindernissen der Junker zur Regierung, um zu hintertreiben, daß die Gewerkschaften den richtigen Platz im Rechtssystem bekommen. Die Vorlage war schon für die Dezember tagung im vorigen Jahre erwartet worden. Sie kam aber nicht, und es hieß, die preußische Regierung mache im Bundesrat Schwierigkeiten. Das gab dem sozialdemokratischen Abgeordneten Genossen Scheidemann Veranlassung, in seiner Rede am 6. April d. J. ein kräftiges Wort in dieser Sache mit der Reichsregierung zu reden. Er erkundigte sich nach dem Schicksal der angekündigten Novelle zum Vereinsgesetz und sagte u. a.:

„Das sei ein trauriges und beschämendes Kapitel. Ein feierliches Versprechen der Reichsregierung solle keine Geltung mehr haben, nur weil preußische „Serren“ nichts davon wissen wollten. Von der Reichsregierung werde den Gewerkschaften „etwas geradezu Ungeheuerliches zugemutet“. Es sei unmöglich, daß die Regierung aus sachlichen Motiven heraus solche Zumutungen stellen könne. Es beständen auch keine sachlichen Motive. Es erwecke den Anschein, als wenn die Arbeiter geradezu brüskiert werden sollten. Es würde Erbitterung erwecken, wenn „der kleinliche, erbärmliche Polizeikampf“ gegen die Gewerkschaften fortgesetzt werden sollte. Er fordere deshalb von der Reichsregierung, daß sie „mit aller Entschiedenheit“ den von Preußen kommenden Schwierigkeiten entgegen trete und „das preußische Treiben“ nicht leicht nehme; es könne „leicht zu gefährlichen Explosionen führen“. Es gäbe ein Maß und eine Grenze in allen Dingen; diese Grenze überschritte die Reichsregierung, wenn sie nicht zu ihrer Zusage stehe.“

In der nächsten Sitzung des Reichstages erbat der Ministerialdirektor Dr. Lewald vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort und erklärte:

„Wenn der Staatssekretär des Reichsamts des Innern nicht leider durch Krankheit verhindert gewesen wäre, so hätte er selber sofort in der vorigen Sitzung den Zweifel zerstreut, ob die Reichsregierung ihre Zusage erfüllen werde“; das werde selbstverständlich geschehen. Die Angriffe des Abgeordneten Scheidemann gegen die preußische Staatsregierung weise der Herr Minister „mit derselben Entschiedenheit zurück, mit der sie erhoben worden seien.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Junker, war schon damals über den kräftigen Vorstoß Scheidemanns gegen die Regierung sehr ungehalten. Sie sagte:

„Der Abgeordnete Scheidemann hat durch diese seine Äußerungen bewiesen, daß er und die Seinen die Alten geliebt sind.“

Nun ist die Vorlage erschienen. Aber zu gleicher Zeit erschien auch eine Kundgebung des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Bundes der Landwirte gegen die Vereinsgesetznovelle. Erstere Kundgebung ist gerichtet an den Herrn Reichskanzler, letztere an das preußische Staatsministerium. Es lohnt indessen nicht, sich hier mit den reaktionären Tiraden zu be-

fassen, die in den Kundgebungen enthalten sind, und die wir seit 40 Jahren immer wieder vorgetragen bekommen, sobald ein an den Arbeitern verübtes Unrecht aus der Welt geschafft werden soll.

Interessanter für die deutschen Textilarbeiter ist ja, zu erfahren, wie sich die deutschen Textilindustriellen zu der Vereinsgesetznovelle stellen.

Am 23. März 1916 haben sie im Hotel Friedrichsbahnhof in Berlin darüber gesprochen. Es kam dort die Anschauung zum Ausdruck, daß es den Unternehmern nicht recht ist, daß die Bestimmung des Vereinsgesetzes unterkräftet wird, die es hindert, daß Jugendliche unter 18 Jahren den Beitritt zu den Gewerkschaften vollziehen und sie an den gewerkschaftlichen Versammlungen teilnehmen können. Es soll diese Entkräftung des § 17 ungünstig auf das spätere Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling einwirken und große Gefahren für die Zukunft in sich bergen. Die Verbände der Textilunternehmer sollen Material zur Stützung der Unternehmeransicht herbeischaffen. Die geplante Aenderung des Gesetzes wurde einmütig abgelehnt. Natürlich! Wer könnte auch von unseren organisierten Textilunternehmern etwas anderes erwarten!

Natürlich ist es diesen ja nicht um das „spätere Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling“ zu tun; das berührt die Textilunternehmer gar nicht, denn ein Lehrverhältnis in dem hier in Betracht kommenden Sinne existiert ja in der Textilindustrie nur in ganz vereinzelten Fällen, da die Jugendlichen ja fast durchweg als ungelernete Arbeiter eintreten. Nur im Färberberuf besteht noch vereinzelt eine längere Lehrzeit. Es handelt sich also bei den Textilunternehmern um etwas ganz anderes, als um das Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling. Es handelt sich für sie um die Erkenntnis der Tatsache, daß sie die Arbeitskraft der Jugendlichen nicht mehr so zum Nachteil derselben werden ausnutzen können, wenn diese in den Gewerkschaften organisiert sind und in den Versammlungen über die Wahrung der Berufsinteressen geschult werden. Das wollten wir längst. Das war ja der einzige Hauptgrund der Unternehmer für ihre vor dem Kriege entfachte Drangsalierungspolitik gegen die Gewerkschaften. Aber jetzt ist es vorbei damit, daß sich die Arbeiter von neuem einer solchen Drangsalierungspolitik der Unternehmer beugen. Der Krieg hat da Bresche geschlagen. Jetzt gibts auf dem Gebiete des gleichen Rechts für alle kein Mund- lipken mehr; jetzt muß auch gepiffen werden!

Die jetzige Novelle befriedigt natürlich bei weitem nicht die Forderungen der Arbeiterschaft nach einem wirklich freien Vereins- und Versammlungsrecht. Das weiß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Wenn sie sich trotzdem schon im Dezember v. J. noch vor der Spaltung damit begnügte, daß zunächst nur die jetzt vorgeschlagene Aenderung Gesetzeskraft erhalte, so geschah es, weil die Regierung bestimmt erklärte, über diesen Vorschlag hinausgehende Aenderungen könnten erst im Rahmen der allgemeinen Neuordnung der politischen Rechtsverhältnisse vorgenommen werden, und weil sich die Fraktion sagte, was wir jetzt bekommen können, das nehmen wir, und was wir noch brauchen, das holen wir später.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreis.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreis haben für die Textilarbeiter schon immer in argem Mißverhältnis zueinander gestanden, und die Textilarbeiter waren schon immer genötigt, ein wenig schlechter zu leben als viele andere Arbeiterschichten; das früher sprichwörtlich gewesene Weberelend ist auch durch die Fabrikindustrie nicht ganz beseitigt worden. Es nahm sogar an Umfang zu, sobald einmal die Lebensmittel eine außergewöhnliche Teuerung erreichten.

Die Teuerung, welche der Weltkrieg verursacht hat, mußte solche Wirkung auf die Textilarbeiter um so mehr haben, als sie alles übertrifft, was in diesem Betrach die Vergangenheit jemals aufwies. Fast alle Lebensbedürfnisse sind im Preise um das Doppelte und Dreifache gestiegen. Der Lohn ist für die Textilarbeiter entweder gar nicht oder nur ganz unmerklich gestiegen, in nicht wenigen Fällen aber direkt gefallen. Vielfach ist er, in Ermangelung von Beschäftigung, ganz ausgefallen, und die Betroffenen müssen sich mit einer Unterstützung begnügen, die noch hinter dem gewohnten, meist unzureichend gewesenen Lohn zurückbleibt.

Das sind Umstände, welche dem Kriege geschuldet sind, den zu beenden so lange nicht in unserer Macht liegt, wie wir dafür nicht die Mithilfe der Regierungen und Völker gewinnen können, mit deren Staaten wir Krieg führen. Und sie scheinen vorläufig noch nicht daran zu denken, mit uns Frieden zu schließen; es hat vielmehr den Anschein, daß alle Bestrebungen bei uns, zum Frieden zu kommen, sie zu weiterem

Musharren im Kriege ermutigen. Wir haben also noch keine Aussicht, bald zum Frieden zu kommen und damit wieder zu den früher gewohnten Lebensverhältnissen. Wir werden demnach unter den obwaltenden Umständen noch längere Zeit aushalten müssen.

Doch auch gleich nach Friedensschluß — der ja doch einmal kommen muß — wird nicht alles wieder so sein wie es war, und vieles wird überhaupt nie wieder so werden. Dann wird unsere soziale Lage nach dem Kriege zwar wohl etwas besser sein als sie jetzt ist, aber doch noch schlechter als sie vor dem Kriege war. Daran kann nicht im geringsten gezweifelt werden.

Das wird zu Zuständen führen, die für uns unerträglich werden können, und die dringend Abhilfe erheischen werden. Dazu schon jetzt Vorschläge zu machen, dürfte nicht als verfrüht angesehen werden können, und deshalb erlauben wir uns solche Vorschläge zu machen.

Die wichtigste Aufgabe dürfte sein, dem Geld seine frühere Kaufkraft wieder zu verschaffen; damit käme man aus aller Bedrängnis einigermaßen heraus. Diese wichtigste Aufgabe ist aber auch die schwierigste: dem Gelde seine alte Kaufkraft wieder verleihen, heißt alle Bedarfsgegenstände auf ihren früheren Preis zurücklegen. Das bedingt aber, daß die Herstellung beziehungsweise Herbeischaffung jener Artikel zu dem früheren Geldauswande geschieht. Das aber wird nicht gut möglich sein. Und wo es möglich wäre, wird es die Gewinnlust derer nicht zulassen, deren Händen Herstellung und Verbeibringung der zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse benötigten Gegenstände anvertraut ist. Die Kaufkraft des Geldes muß also unter den obwaltenden Umständen durch außer gewöhnliche Mittel zu heben gesucht werden.

Ein solches Mittel würden wir in dem dauernden Verzicht auf Zölle auf Lebensmittel aller Art erblicken. Er würde die Preise landwirtschaftlicher und viehwirtschaftlicher Produkte vielleicht merklich drücken, ohne daß die heimische Landwirtschaft aber dadurch in ihrem Bestande beeinträchtigt würde. Sie hat ja übrigens in der verfloffenen Kriegszeit schon eingetandenermaßen so ansehnliche Rücklagen machen können und wird solche vorläufig auch noch weiter machen können, mit denen sie ja nach dem Kriege technische Verbesserungen in Menge einführen könnte, die einer etwaigen Gefährdung ihres Bestandes entschieden entgegenwirken müßten. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre, so müßte doch das Wohl des gesamten Volkes in so kritischer Zeit wenigstens höher gestellt werden als das Wohl nur einer Volkschicht.

Das wäre eins. Die für die Industrie wie für die ganze Volkswirtschaft benötigten Rohstoffe müßte die Reichsregierung so billig wie möglich den Verbrauchern zuführen, auch wenn der Reichskasse dadurch Einnahmen verloren gingen oder Ausgaben erwachsen. Denn nicht nur Lebensmittel sind teurer geworden, sondern auch alle anderen Bedarfsartikel, und sie müssen zugunsten der Verbraucher wieder billiger werden. Die Rohstoffe, die für ihre Herstellung notwendig sind, müssen aber auch billig sein, um der Industrie Beschäftigung in ausreichendem Maße zu verschaffen, denn das bedingt reguläres Einkommen der Massen in Form von Arbeitslohn und sichert deren Existenz, der Industrie erleichtert es aber auch den Absatz ihrer Erzeugnisse.

Auf die angegebene Weise kann die Kaufkraft des Geldes wieder gehoben werden.

Es wird aber meit nicht in dem auf Arbeiterseite gewünschten Maße gelingen, und deshalb muß der Hilfe volkswirtschaftlicher Art sich noch solche sozialpolitischer Art zugesellen: es muß durch gesetzliche Bestimmungen verhindert werden, daß jemand Arbeit zu einem Lohn annimmt, mit dem er bei den herrschenden Preisen seinen Lebensunterhalt nur unvollkommen bestreiten kann. In die Gewerbeordnung ließe sich sehr leicht eine solche Bestimmung einfügen. Durch sie könnten die Gewerbegerichte als Uebervachungskörper dafür bestimmt werden, daß ein vereinbarter Lohn niemals unter einem gewissen noch Lage der Verhältnisse zu bemessenden Lohnsatz stehen darf.

Die Gewerkschaften würden natürlich auch darüber wachen müssen. Ihre Aufgaben werden übrigens nach dem Kriege noch viel mannigfacher sein, als sie schon vor ihm waren.

Sie werden, da das Geld seine frühere Kaufkraft nicht so leicht oder überhaupt nicht mehr erlangen wird, bei Aufstellung von Forderungen an die Unternehmer einen ganz anderen Maßstab anlegen müssen, als dies vordem geschah. Die dann gegahlten Lohnsätze werden sie insgesamt tumlicht einer entsprechenden Erhöhung zuzuführen suchen müssen. Bei etwaigen Tarifabschlüssen werden sie zu bedenken haben,

daß es unter den veränderten Verhältnissen für die beteiligten Arbeiter kein Gewinn, nicht einmal Erhaltung des früher Gewonnenen, sondern ein Verlust für sie wäre, wenn sie nur die bisherigen Lohnsätze für einen längeren Zeitabschnitt sich sichern könnten. Sie werden aber auch nicht außer acht lassen dürfen, daß es den Unternehmern vielfach nicht leicht werden dürfte, höhere Lohnsätze zu gewähren; Verteuerung des Rohstoffs einerseits, andererseits das Fehlen von Handelsverbindungen, die erst wieder neu geknüpft werden müssen, werden an sich schon den Unternehmer zwingen, von seinem gewohnten Profit fobiel fahren zu lassen, daß er seine Waren zu Preisen anbieten kann, die ihm den durch den Krieg unterbrochenen Absatz von neuem ermöglichen. Doch der Arbeiter muß, wenn er seine Aufgabe wie vor dem Kriege erfüllen soll — die veränderten Verhältnisse verlangen eigentlich noch mehr von ihm —, so leben, daß er sich seine Arbeitstüchtigkeit erhält und womöglich noch erhöht; anderenfalls wäre dem Unternehmer von vornherein die Möglichkeit genommen, den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen. Die Unternehmer werden das aber nicht gelten lassen wollen und sich weigern, den Arbeitern höhere Löhne zuzubilligen. Die Gewerkschaften werden sie aber durchsetzen müssen, nicht allein zum Wohle ihrer Mitglieder und Berufsgenossen, sondern zum Besten des ganzen Reichs; denn wenn es ihnen nicht gelingt, so muß Deutschland in dem Wirtschaftskampf, der doch nach dem Kriege seine Fortsetzung finden wird, schließlich doch noch unterliegen, und es hätte den Krieg, seine wirtschaftliche Seite betrachtet, völlig vergeblich geführt.

Da das Unternehmertum durch den Krieg finanziell und organisatorisch gestärkt worden ist oder doch den Krieg benutzt hat, sich finanziell und organisatorisch zu kräftigen, so wird es zwischen ihm und der organisierten Arbeiterschaft harte Kämpfe geben, die vielleicht, wenn sie für die Arbeiter siegreich sein werden, zwar manchem kleineren Unternehmer, trotz ausgiebiger Unterstützung durch die Unternehmerorganisation, die Existenz erschweren, wenn nicht gar untergraben, aber doch ganz Deutschland seine Industrie und seinen Handel für den Weltmarkt retten werden. Die Arbeiter werden, wo die Unternehmer in diesem Betracht versagen sollten, die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit retten müssen.

So betrachtet, werden die Arbeitergewerkschaften nach dem Kriege nicht nur allein wirtschaftliche Gebilde für die Wahrung der jeweils in Betracht kommenden Berufsinteressen, sondern der gesamten deutsch-völkischen Interessen sein.

Daraus ergibt sich, daß die Arbeitergewerkschaften in Zukunft allgemein höher bewertet werden müssen, als es bisher geschah, sowohl von den Arbeitern selbst als von allen sonstigen Gesellschaftsschichten und namentlich den Regierungs- und Gesetzgebungskreisen, welche die Arbeitergewerkschaften bisher zwar duldeten, aber nicht hoch schätzten und nicht gegen Angriffe mannigfacher Art genügend schützten. Das muß anders werden: die Arbeitergewerkschaften müssen in Anbetracht ihrer großen kulturellen Aufgaben, die die Zeit ihnen stellt, regierungsseitig geradezu gepflegt werden, d. h. mit den weitestgehenden Mitteln ausgestattet werden. Geschicht das, so werden sie auch bei den Arbeitern selbst noch mehr zu Ansehen kommen und auch von diesen mehr noch als bisher gepflegt werden — als Stützen des Einzelindividuum wie als Stützen des gesamten Volkstörpers.

Was geht vor?

I.

In der Generalversammlung der Aktionäre der Krefelder Baumwollspinnerei erklärte der Direktor A. W. Schütte, die Regierung werde die Aufsicht über die Rohstoffe unter den jetzigen Verhältnissen wohl nicht mehr aus der Hand geben. Auch werde die Bildung eines Zwangs-Syndikats für die gesamte Spinnerei erwogen. Diesem Vorhaben habe die Deutsche Spinnerei-Vereinigung bereits Rechnung getragen, indem sie den Versuch machte, die Spinnereien unter eine gemeinsame Leitung zu bringen. Was in Friedenszeiten nicht möglich gewesen sei, werde vielleicht unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse erreicht werden. Es ist zurzeit nicht möglich, nachzuprüfen, ob für das dort berichtete irgendwelche reale Unterlagen vorhanden sind. Erwogen wird etwas Ähnliches aber wohl sicher, dafür liegen mehrere Anzeichen vor. Auf der Vollversammlung der süd-deutschen Baumwollindustriellen, die am 23. November 1915 in Stuttgart abgehalten wurde, und die von fast allen bayrischen, württembergischen und badischen Spinnereien besucht war, wurden schon, wie berichtet

wird, Erörterungen von erheblicher Tragweite gepflogen über die Vorbereitungsarbeit, die hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Friedens- und Handelsverträge mit Bezug auf das Spinn- und Webstoffgeschäft einlegen soll. Dieses Problem, hieß es damals, erschöpft sich nicht in der bloßen Regelung der Garn- und Gewebezölle, sondern umfasse größere und weittragendere Fragen, da es nicht nur die wirtschaftliche Annäherung an Oesterreich-Ungarn behandle, sondern auch die mögliche Ein- oder Angliederung wichtiger Textilgebiete anderer Staaten beim Friedensschlusse. Es bestehe die beste Aussicht, daß die gesamte deutsche Baumwollindustrie angesichts einer solchen großen und neuen Entwicklung die alten Zweifigkeiten zwischen der Spinnerei und Weberei beendige und ihre Forderungen gemeinsam formuliere und funde.

Inzwischen müssen doch hinter den Kulissen Verhandlungen geführt worden sein, die beginnen, schwere Bedenken zu erregen. Offenbar handelt es sich um Abmachungen, die auf zollpolitischem Gebiete liegen, und die, weil sie wohl offenbar zum scharfen Widerspruch reizen würden, noch sorgfältig geheim gehalten werden.

Zu einer solchen Annahme muß man kommen, wenn man die Auslassungen liest, die, wie der „Konfektionär“ berichtet, einer der hervorragendsten deutschen Baumwollindustriellen in der „München-Mugsburger Abendzeitung“ veröffentlicht. Auch wir halten diese Ausführungen für sehr bemerkenswert und geben daraus das folgende hier wieder. Der Baumwollindustrielle sagt:

„Unsere Industrie hat während des Krieges die alle Anpassungsfähigkeit nicht verloren, durch die sie zu der hohen Bedeutung gekommen ist. Sie ist dazu gekommen ohne staatliche Bevormundung, nur durch die Kraft des eigenen Willens und der persönlichen Tüchtigkeit von Kaufleuten, Technikern und der Arbeiterschaft.“

Wenn nun heute von manchen Seiten als Endziel der industriellen Bestrebungen die Schaffung von Monopolen und Zwangssyndikaten sehr lebhaft propagiert wird, so kann diesen Bestrebungen gerade von der Baumwollindustrie nicht energisch genug gegenübergetreten werden. Die Industrie ist sich klar darüber, daß sie dazu berufen ist, dem Staate eine erhebliche Beihilfe zum finanziellen Ausgleich zu geben. Man muß ihm die Mittel schaffen und sich dabei daran erinnern, daß unsere Industrie gerade während des Krieges sich wirtschaftlich außerordentlich gekräftigt hat. Dieses Ziel ist aber auf anderem Wege zu erreichen als durch die Syndizierung der gesamten Industrie und durch die Kontingentierung ihrer Produkte. Beide Formen stehen in enger Beziehung zum ausgesprochenen Schutzzolle, der von der Industrie kaum gewünscht wird. Die Industrie wird mit Dedungszöllen rechnen müssen, die in absehbarer Zeit wieder anderen Steuerformen weichen müssen, sie könnte aber durch Erfüllung der hochschutzzöllnerischen Bestrebungen, wie sie von einigen Seiten angestrebt wird, schwer getroffen werden.

Die Industrie kann nicht als Sammelbegriff bearbeitet werden; denn jede einzelne Industrie hat ihr besonderes Arbeitsfeld, ihre eigenen Produktions- und Absatzformen, und deshalb kann nicht davon gesprochen werden, daß die deutsche Industrie syndiziert werden muß. Wer je in Organisationsfragen gearbeitet hat, wird von unserer Industrie wissen, wie außerordentlich schwierig es ist, die Formel zu finden, unter der eine Konvention, selbst in leichtester Form, ins Leben gerufen werden kann. Wieviel schwieriger wird es sein, eine Industrie, welche über das ganze Deutsche Reich verteilt ist und für welche niemals einheitliche Leitätze aufgestellt werden können, in der strengsten Form der Organisation, dem Syndikat, zusammenzufassen. Wenn wir der letzten Rede des Reichskanzlers aufmerksam gelauscht haben, dann werden wir die Aufgaben kennen, welche unserer Industrie harren, speziell der Baumwollindustrie. Wir haben im Jahre 1871 die elsässische Baumwollindustrie übernommen und uns damit abgefunden, ohne daß eine dauernde Erschütterung der industriellen Existenz eingetreten ist. Man wird auch neuen Fragen die volle Aufmerksamkeit schenken und die Konsequenzen ziehen müssen. Sie liegen aber nicht auf dem Wege zum Syndikat. Wollte sich aber Deutschland nach dem Kriege mit hohen Zollschutzmauern umgeben, so werden andere Länder, mit denen

Dann treten sich die „Feinde“ näher:

„Inzwischen hat sich zwischen den „Feinden“ ein heiteres, in französischer Sprache geführtes Wortgeplänkel angesponnen. Die deutschen Studenten begannen. „Seid Ihr gut gereift!“, „Danke, vortrefflich.“ „Wann seid Ihr abgefahren, wie lange habt Ihr in Konstanz gewartet?“ „Seid Ihr nun zufrieden?“ „O, sehr, sehr.“ „Waret Ihr auch von der Behandlung in Deutschland befriedigt?“ „Meistens, danke; mais le pain...“ („Aber Euer Brot!“) „Eures ist nicht viel besser, aber jetzt bekommen wir ja Schweizerbrot!“ „Oui c'est bien.“ („Ja, das ist gut.“) „Wohin kommt Ihr?“ „Und Ihr?“ „Das geht so friedlich herüber und hinüber. Ab und zu fällt ein Scherz, und die Wagen füllt braufendes Gelächter. Um Verbund streiten sie sich ein wenig. Die Franzosen behaupten, die deutschen Linien wären im Rückzuge. Die Deutschen antworten: „Im Gegenteil!“ „Wann werden wir Frieden haben?“ rufen die Deutschen. „Seute schon, wenn Ihr wollt“, lautet die Antwort.

Die zehn Minuten Aufenthalt für die Deutschen sind abgelaufen. Wir drücken wieder viele, viele Hände, während sich der Zug mit seinen 517 Insassen in Bewegung setzt. Ein blutjunger Einjähriger schreibt den Franzosen zu: „La guerre est finie, pour nous...“ („Soysons amis!“) („Für uns ist der Krieg zu Ende...“). „Laßt uns Freunde sein!“ hallt es zurück. „Au revoir!“ („Auf Wiedersehen!“) heißt es von beiden Seiten. Lächerwinken; ganz vorn werfen sich die „Feinde“ Blumen zu, die leider niemand auffangen kann. Im Vorübergleiten bemerken wir einen Wagen mit geschlossenen Fenstern, hinter denen Offiziere in die Lektüre schweizerischer Zeitungen vertieft sind. Dann verschwindet der Zug.

Wenige Minuten später schiebt sich der Franzosenzug in entgegengesetzter Richtung langsam zur Halle hinaus. Wir haben genug gesehen. . . .

Die Begegnung der Feinde.

In Bern begegneten sich neulich auf dem Bahnhof die ausgetauschten Deutschen und französischen Verwandten, welche über die Schweiz ihrer Heimat zueilten. Welches Bild sich entwickelte, als die beiden Züge aus entgegengesetzter Richtung nebeneinander auf zwei Gleisen hielten, bespricht in herzlicher Weise der „Berner Bund“. Erst kamen die Franzosen:

„So lang ist der Zug; 489 Passagiere beherbergt er. Diese halten die Fenster beiseit, lehnen sich heraus, winken mit Schweizerflaggen, mit den Mützen, mit Taschentüchern. Helltönend steigt am ersten Wagen der Gruß auf: „Vive la Suisse“ (Es lebe die Schweiz!), pflanzt sich unvermittelt fort über die endlose Wagenreihe, verhallt hinten in die Nacht, um augenblicklich von vorn wieder aufgenommen zu werden. Der spontane Gruß wird ebenso spontan erwidert. Allmählich unterscheidet man die ersten Gesichter, in denen die Augen freudig aufleuchten. Das sind nicht die toten Züge der Grands blesses (Schwerverwundeten); Zuversicht, Erlösung, heiße Freude spricht aus ihnen. Neben jugendlich frischen Gesichtern mit fest aufgewirbeltem Schnurbärtchen lehnen die grauhaarigen, bärtigen Köpfe der alten Troupiers. Man hat hundert Hände zu schütteln. Im Augenblick sind die Zigaretten verteilt; es hält schwer, weise abzumessen. Damenhände reichen Rosen in die Fenster; Knopfloch, Mütze werden festlich geschmückt. Manche harte Soldatenaust läßt die Blumen hundertlang nicht mehr los. 159 Soldaten und Unteroffiziere und 14 Offiziere sind für das Oberland bestimmt, 82 Leute nach Yverdon. Letztere beiden Kontingente reisen erst morgens 5 Uhr wieder ab. Sie kommen nun in humpelnden Reihen die Treppen der Unterführungen herauf, um im Bahnhofsbuffett ein Frühstück zu sich zu nehmen.

Manche halten sich untergefaßt. Das Gewirr der Uniformen ist unbeschreiblich: Turkos mit Bluderhosen und Fez, Linieninfanteristen, Kavalleristen, Leute, die in dunkeln deutschen Landsturmröcken stecken und deutsche Soldatenmützen tragen.“

Dann kommen die Deutschen:

„2 Uhr 30, Punkt, rollt neben dem dritten Perron der deutsche Zug in die Halle, dem zur Abfahrt bereitstehenden Franzosenzug unmittelbar gegenüber. Endloses Winken und Grüßen zwischen den „Feinden“. Wir sind über diese Begegnung weit mehr erstaunt als die Gäste selbst, die sich in den letzten beiden Jahren an manches gewöhnten lernten. Eines aber bereitet ihnen trotzdem freudigste Ueberraschung: der herzliche Empfang. Die durchwegs feldgrau gekleideten Deutschen machen einen vorzüglichen Eindruck. Blonde Leute, stille aber ruhige Gesichter. Schnell verschenkt man, was man zu verschicken hat, und gleich ist auch schon irgendwo ein Gespräch angeknüpft. Ich komme vom ersten Wagen gar nicht mehr los. Die Soldaten des Abteils, fast ausschließlich Studenten, fragen in gutem Französisch, wie die Station denn eigentlich heiße, und sind ebenso erstaunt wie erfreut, als die Antwort deutsch auf „Bern“ lautet. „Wir sind schon seit letzten Dienstag auf der Reise, wo wir in Nordafrika abfuhren. Da lernt man resignieren. Es war ein langes Bangen, seit wir vor anderthalb Monaten von der schweizerischen Arztekommision besucht wurden. Aber nun ist ja alles gut.“ Ich fragte nach dem Empfang in Genf. „Ach, das war unser schönster Tag seit beinahe zwei Jahren. Die Leute waren so herzlich, sie haben uns mit Freundlichkeit und Güttaten überschüttet.“ Das Urteil ist überall dasselbe. Eifrig erkundigen sich alle nach dem Bestimmungsort; hier ist es Weesen. „Liebliche Lage, Ruhe, Sonne, gute Leute!“ lautet die Auskunft. Eifrig wird nach der Kriegslage gefragt.“

wir Handel treiben und treiben müssen, dem Beispiele folgen und entsprechende Maßregeln ergreifen, die unsere industrielle Entwicklung hemmen. Unsere Baumwollindustrie hat im Laufe der Zeiten manche Wandlung durchgemacht, schlechte und gute Zeiten erlebt und könnte auf Grund ihrer Erfahrungen wissen, wo sie selbst den Sebel anzusetzen hat, um eine bleibende Besserung zu erzielen, die im Zwangsindividuum und von der Kontingentierung niemals erwartet werden kann. Deutschland hat in seiner Zollpolitik — wir sehen es erst im Verlaufe des Krieges — eine glückliche Hand gehabt und die Interessen von Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen geschützt. Beide brauchen aber Bewegungsfreiheit, nicht die Beschränkung in ihren oft vom Augenblicke geforderten Entschlüssen.

In kurzer Zeit geht den Funktionären Material zu, welches diese Frage eingehend behandelt. Kollege Krähig hat auf der Konferenz des Bundes Gewerkschaften über unsere künftige Handelspolitik und die Interessen der Textilarbeiter gesprochen, und jene Konferenz hat beschlossen, daß der Vorstand jenen Vortrag den Funktionären des Verbandes als Material zur Verfügung stellen solle. Das wird in einigen Tagen geschehen. Wir bitten dann die Kollegen, sobald sie im Besitz des Materials sind, es in den Mitgliederversammlungen zur Kenntnis zu bringen und darüber zu verhandeln.

Metrisches Maß, metrische Garnnummer und Fadenzahl.

II.

Herr Kommerzienrat Heinrich Semlinger in Bamberg äußerte sich zu der Frage wie folgt:

Wenn es eine Zeit gibt, die für die Einführung der metrischen Numerierung besonders geeignet ist, so ist es die jetzige, wo wir im Kriege stehen mit unserem Hauptgegner auf dem Gebiete des industriellen Wettbewerbs, und manche Rücksichten und Bedenken, die früher aus Sorge vor Großbritannien gehegt wurden, jetzt unter dem Eindruck des perfiden feindseligen Vorgehens gegen unser Vaterland fallen müssen.

Wenn wir die englische Nummer und die englische Einteilung verschwinden lassen und diese Maßregel, wie zweifellos zu erwarten ist, auch von unserem Bundesgenossen Österreich angenommen wird, so muß das sich ebenso leicht einführen, als im Jahre 1875 die neue Geldwährung und die Verabschiedung der vor 1866 bei den 34 deutschen Vaterländern in Geltung gewesenen unzähligen Maße und Gewichte, und man wird sich nach wenigen Jahren des Bestehens erlauben fragen, wie es in einem Lande, das jährlich 22 Milliarden im Weltverkehr umsetzt und dabei nahezu den englischen Handel erreicht hat, möglich sein konnte, den alten Schlenkerian beizubehalten, der darin bestand, daß man in der Baumwollindustrie nach englischen Yards, Yards und englischen Pfunden, nach Grän und Unzen rechnet, wobei ein Pfund Garnnummer Eins 840 Yards oder 768 Meter mißt; in der Hanfindustrie sind die Maschinen zwar auch auf englische Maße eingerichtet, die Nummer Eins hat aber nur eine Länge von 300 Yards für das englische Pfund. Die Leinwandgarne werden in gleicher Weise oder nach schottischer Art numeriert, die Gespinne aus Jute in Gebinden zu 300 Yards dann nach verschiedenen anderen Systemen und die Biogoggarne nach jächsischer Nummer verkauft. Wollgarne werden nach verschiedenen aufgemacht, dagegen haben die Kammgarnspinnereien die metrische Nummer für 1000 Gramm schon seit 40 Jahren eingeführt. Bei Seide gilt als Gewichtseinheit das Gramm und als einheitliches Maß die Länge von 10 000 Metern, je feiner das Gespinnst, je leichter das Gewicht, desto niedriger die Nummer im Gegensatz zu allen anderen Gespinnsten.

Aber schon diese Musterkarte von Systemen der Nummernberechnung bedeutet einen gewaltigen Fortschritt gegen die Zustände in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; zu jener Zeit wimmelte es von Berechnungen und Einteilungen der Garmlängen für die verschiedenen Gespinste; jeder kleine Staat hatte sein Reservatrecht in den Vorschriften über die Nummernbezeichnung, die Spindelung und die Aufmachung, so daß ein unglücklicher, uns heutzutage unverständlicher Wirrwarr im Garnhandel unserer Urgroßeltern geherricht haben muß.

Ich komme nun auf die verschiedenen Einwände gegen die brennend gewordene Verbannung der englischen Maße und Gewichte zu sprechen.

1. Was die Kosten der Umänderung in Spinnerei und Weberei betrifft, so dürften diese verhältnismäßig kleinen Auslagen nicht geachtet werden, wenn es sich um Durchführung einer nationalen Idee handelt; diese Umänderungen beschränken sich in der Hauptsache auf die Sortierwagen für die Vorgepinnte und die Garne selbst; in einer Spinnerei von 60—100 000 Spindeln braucht man eine Batterie von 200 bis höchstens 1000 Mf. zu beschaffen sind, wenn man sich nicht auf die viel billigere Umänderung der in Verwendung stehenden Apparate beschränken will.

In Frage käme ferner noch, ob die Meßapparate an den Vorspinnmaschinen und Throsteln — die Schnelleruhren — abzuändern oder zu erneuern wären; in den meisten Spinnereien dürften Plattische Uhren angebracht sein, die bei Fleyern Treibrädchen von 39 Zähnen haben und bei einem Umrechnungsmaß von 768 auf 1000 Meter ziemlich genau dem französisch-metrischen System angepaßt werden können. — Da die Produktion der Throstel-Spinnmaschinen wohl allgemein nicht nach Längemaß, sondern nach Gewicht berechnet und bezahlt wird, kann die Änderung der Schnelleruhren für diese unterbleiben. — Eine neue Schnelleruhr kostet 16 Mf.; die Umänderung des Treibrädchens allein dürfte sich kaum höher als auf 3 Mf. einschließlich Gehäuse stellen.

Was noch besonderer Erwägung bedarf, ist die Frage, welchen Umfang in Zukunft die Häpkel haben müssen; sie ist aber nicht mehr so wichtig wie vor 30 und 40 Jahren, weil durch die Einführung der Bleicherei und Färberei auf Kops oder im Vorgepinnt, das Umhäpkeln der Garne heute höchstens den zehnten Teil gegen früher umfaßt. Es gibt Spinnereien, die früher Hunderte von Häpkel beschäftigt haben, in der Neuzeit aber zu ihrem Bedauern einen großen Teil der betreffenden Säle außer Betrieb setzen müssen. Bei dem jetzigen Umfang von 1 1/2 Yard kommen 560 Fäden für den

Schneller in Betracht; soll also die metrische Nummer für gehäpkeltes Garn eingeführt werden, so müßte, um praktisch zu wirken, der Umfang des Häpfels auf 1428 m/m umgeändert werden, um entweder bei 100 Umgängen und 7 Gebinden oder bei 70 Umgängen und 10 Gebinden die Länge von 1000 Metern zu erreichen, wobei lediglich andere Umstellungen nötig werden, die um wenige Mark für den Häpkel zu haben sind. Bei der in neuerer Zeit fast ausschließlich eingeführten Kreuzhäpkelung kommt die Frage, ob 7 oder 10 Gebinde vorzuziehen seien, überhaupt nicht in Betracht, da die Fäden aller 700 Umgänge, ohne Zwischenabteilung, kreuzweise übereinandergelegt werden.

Die Vergrößerung des Häpkelumfangs um 57 m/m kann ohne große Schwierigkeiten mit ganz minimalen Kosten und ohne Produktionsverminderung erreicht werden, da bei den in den meisten Spinnereien aufgestellten Wegmann-Häpeln genügend Zwischenraum vorhanden ist, um diese 57 m/m Mehrumfang unterzubringen. Die Besorgnis, daß mit dieser Umänderung große Kosten verbunden seien oder eine Erhöhung der Arbeit, ist also unter allen Umständen zu verneinen, und damit dürften die Bedenken der Spinner aus der Welt geschafft sein.

2. Die Neuerung im Betrieb, also die Feststellung der Nummer in den verschiedenen Abteilungen der Spinnerei ist höchstens der Gegenstand einer einmaligen Umrechnung der englischen Nummer auf das metrische Maß, und die geänderten Sortierwagen und Meßapparate erleichtern diesen Uebergang, so daß sich die mit der Sache befaßten Arbeiter und Meister in der kürzesten Zeit eingearbeitet haben dürften. Mit dem Räderwerk und dem Gang der Maschinen hat der Uebergang gar nichts zu tun, denn unsere Spinnereileiter sind sicherlich ohne Anwendung mathematischer Formeln imstande auszurechnen, welche Nummer das Vorgepinnt im metrischen Maße haben muß, wenn es bisher nach englischem System entweder Nr. 1, 6 oder Nr. 3, 6 gewogen hat.

Die Lage der Stickereiindustrie während des Krieges.

Im „Sächsischen Volksblatt“ wurde aus Stickereifreien folgender bemerkenswerter Artikel veröffentlicht:

Die gegenwärtige Lage in der Stickereiindustrie ist besonders für die Stickmaschinenbesitzer eine recht trostlose. Insbesondere dadurch, daß die benötigten Rohmaterialien für den Stickereibetrieb Auslandsprodukte sind. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Abperrung der deutschen Grenzen sind für uns diese Auslandsprodukte nicht mehr oder nur in geringem Maße zu haben. Dies bildete wiederum den Anlaß für verschiedene gewissenlose Spekulanten, mit den noch vorhandenen Rohprodukten in noch nie dagewesener Weise zu wuchern. In besonders eklatanter Weise ist dies an den gegenwärtigen Garnpreisen zu sehen. Diese sind seit dem Jahre 1914 von durchschnittlich 4,50 Mf. auf durchschnittlich 17 Mf. für das Kilo, also fast um das Vierfache gestiegen. Ebenso verhält es sich mit den Preisen für Maschinenöle und allen anderen sehr notwendigen Dingen für den Stickereibetrieb. Die Folge davon ist, daß die Produktionskosten für die Herstellung von Stickereimare ins ungeheuerliche gestiegen sind. Ebenso sind ja auch die Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel sehr in die Höhe gestiegen. Während nun bei den letzteren die erhöhten Preise auf die Konsumenten abgemälzt werden und von diesen zu tragen sind, sind die so bedeutend erhöhten Produktionskosten in der Stickereiindustrie nicht etwa vom Konsumenten, sondern bisher immer nur vom Produzenten getragen worden. Daß dies ein ganz ungeeigneter Zustand ist und eine große Gefahr für die gesamte Stickereiindustrie bedeutet, leuchtet wohl jedem ein. Denn falls dieser Zustand noch eine Weile andauert, steuert das Schiffelein des Stickmaschinenbesitzers unrettbar einem gähnenden Abgrund zu: dem völligen Ruin!

Um dies zu verhindern, ist es notwendig, daß die Ursachen dieses Zustandes, d. h. die Einnahmen im Verhältnis zu den Produktionskosten einer gründlichen Prüfung unterworfen werden und die bessernde Hand dort angelegt wird, wo sie anzulegen ist. Das heißt in anderen Worten: Der Erhöhung der Produktionskosten muß eine Erhöhung der Sticklöhne in angemessener Weise folgen. Vor Ausbruch des Krieges wurden für eine 1/9-Meter-Maschine für 1000 Stiche 1,80 Mf. gezahlt. Die Löhne sind zwar seitdem gestiegen, decken aber bei weitem noch nicht die ungeheuer gestiegenen Produktionskosten. Von den Stickmaschinenbesitzern wurden in zwei kürzlich abgehaltenen Versammlungen mindestens 3 Mf. für lange 1/9- und 2,40 Mf. für lange 1/4-Maschinen pro 1000 Stiche verlangt. Daß diese Forderung noch eine recht bescheidene ist, sei an der nachstehenden, sorgfältig berechneten Aufstellung nachgewiesen. Der Berechnung zugrunde gelegt ist eine durchschnittliche Arbeitsleistung von 120 000 Stichen pro Woche und Maschine. Demnach stellen sich die Produktionskosten und Einnahmen für 1000 Stiche wie folgt zusammen:

	1914	1916
Einnahme für 1000 Stiche	1,80 Mf.	3,— Mf. (Ford.)
Ausgabe für Garn für 1000 Stiche	0,50 Mf.	1,75 Mf.
„ „ Sticklohn	0,30 „	0,27 „
„ „ Fäden	0,20 „	0,20 „
„ „ Strantenversicherungsw.	0,01 „	0,01 „
„ „ Kraft	0,05 „	0,05 „
„ „ Miete	0,05 „	0,05 „
„ „ Feuerung, Licht, Del,		
„ „ Radeln	0,08 „	0,10 „
„ „ Verzinsung u. Abschreib.	0,25 „	0,25 „
„ „ Ausbessern	0,08 „	0,08 „
„ „ Fadenschneiden	0,08 „	0,08 „
„ „ Montage	0,03 „	0,03 „
„ „ Scheuern, Telephon und		
„ „ Woteloohn	0,05 „	0,05 „
„ „ Abzüge	0,04 „	0,04 „
„ „ Steuern	0,08 „	0,08 „
	1,80 Mf.	3,04 Mf.

Also im Jahre 1914 blieb dem Stickmaschinenbesitzer bei einer geleisteten Sticzahl von 120 000 pro Woche überhaupt kein Pfennig als Unternehmerrgewinn übrig. Im Jahre 1916 werden bei einem bis jetzt gar noch nicht bewilligten Sticklohn von 3 Mf. für 1000 Stiche noch 4 Pf. für das Tausend draufgelegt! Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Bis jetzt suchte der Stickmaschinenbesitzer dadurch aus dieser Kalamität herauszukommen, daß eine höhere Arbeitsleistung als 120 000 Stiche für die Woche verlangt wurde; daß solche sehr oft eine Unmöglichkeit ist, ist leicht begreiflich! Mit der fortschreiten-

den Technik werden immer höhere Ansprüche an die Qualität der gelieferten Ware gestellt. Da sich nun die meisten qualifizierten Sticker beim Heere befinden, muß bei den neu-gelernten Kräften immer mehr das Hauptaugenmerk auf die Qualität als auf die Quantität gelegt werden. Dies bedeutet wiederum eine Verminderung der Quantitätsleistung und somit eine relative Mindereinnahme des Maschinenbesitzers. Eine weitere, sehr bedauerliche Erscheinung ist das Sinken des Sticklohnes für den Sticker von 30 auf 27 Pf. Und das gerade jetzt, wo die Lebenshaltung so enorm gestiegen ist! Es ist darum auch Pflicht der Stickmaschinenbesitzer, die Löhne der Sticker aufzubessern zu helfen.

Um nun unseren Industriezweig vor dem völligen Ruin zu bewahren und eine Gesundung des gegenwärtigen unhaltbaren Zustandes herbeizuführen, ist es notwendig, eine Erhöhung des Sticklohnes auf mindestens 80 Pf. oder 3,20 Mf. für 1000 Stiche anzustreben. Zu diesem Zwecke müssen Verhandlungen mit den Fabrikanten stattfinden, und es ist sehr wohl anzunehmen, daß diese zu Verhandlungen gern bereit sind, denn in dem Bestreben, unsere früher blühende Industrie wieder zur alten Höhe emporsteigen zu lassen, gehen die Bemühungen der Fabrikanten und Maschinenbesitzer sowie auch der Stickereiarbeiter gleich. Vor allen Dingen aber ist es eine dringende Notwendigkeit, daß ein jeder Teilnehmer seiner Berufsorganisation beiträgt, um gemeinsam mit seinen Kollegen und Kolleginnen für gesunde Existenzbedingungen seines Berufes einzutreten.

Aus der Textilindustrie.

Der Exporthandel der englischen Textilindustrie im Kriege.

„Geschäft wie gewöhnlich“, so hatte man sich in den führenden politischen Kreisen Englands den Verlauf des Krieges für die englische Industrie vorgestellt. Es ist aber anders gekommen, als wie es sich jene Leute, die mit der Phrase „Geschäft wie gewöhnlich“, renommierten, vorgestellt haben. Die größte Industrie Englands, die Textilindustrie, wird sicher für lange Zeit mit arger Beklemmung zurückdenken an die Kriegsjahre, die ihr auf dem Weltmarkt erhebliche Einbuße brachten. Nach den jetzt vorliegenden ausführlichen Statistiken hat die Ausfuhr der englischen Textilindustrie im Jahre 1915 nur 132,2 Millionen Lit. betragen gegen 149,6 Millionen Pfund im Jahre 1914. Es entspricht dies einem Verlust von 17,4 Millionen Pfund oder rund 355 Millionen Mf. gegen das Jahr 1914, das selbst wiederum in den ersten vier Monaten des Krieges bereits einen noch größeren Rückgang gegenüber dem Friedensjahre 1913 aufzuweisen hat. Vergleicht man das Kriegsjahr 1915 mit dem Friedensjahr 1913, so ergibt sich allein in der Ausfuhr der englischen Textilindustrie ein Verlust von 49,6 Millionen Pfund oder mehr als 1 Milliarde Mark. Der Hauptverlust entfällt dabei auf die Baumwollindustrie, die um rund 41,2 Millionen Pfund, oder 840 Millionen Mark gegen 1913 bzw. 17,3 Millionen Pfund oder 355 Millionen Mark gegen 1914 zurückgegangen ist. Aus der amtlichen englischen Statistik ist ersichtlich, daß, mit Ausnahme von Frankreich, dessen Baumwollwareneinfuhr von England von 494 000 Pfund auf 5,5 Millionen Pfund im Jahre 1915 gestiegen ist, sowie Schweiß, Marokko, Perien, Kuba, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Ägypten, Britisch-Südafrika und Australien, die jeder für sich kleine, zum Teil ganz minimale Erhöhungen aufzuweisen haben, nach allen übrigen Ländern ganz gewaltige Rückgänge zu verzeichnen sind. Bietet man das Jahr 1913 in Betracht, so ist eine Zunahme überhaupt nur bei Frankreich zu verzeichnen, während alle übrigen Länder Rückgänge, die meisten, darunter auch die vorerwähnten südamerikanischen Staaten, sehr erhebliche, aufzuweisen haben. Besonders bedenklich stimmen in England die gewaltigen Rückschläge in der Ausfuhr nach China und nach Indien, die beide zu nicht geringem Teil auf die zunehmende japanische Konkurrenz zurückgeführt werden. So beträgt beispielsweise der Rückgang der Ausfuhr nach Indien gegenüber 1914 rund 180 Millionen Mark, der nach China 80 Millionen Mark. Dazu kommen die großen Verluste durch den Ausfall des Exportes nach Deutschland und der Türkei, die der bekanntesten englischen Zeitschrift „Economist“ in einer der letzten Nummern zu dem Stoffüberflus Anlaß gegeben haben, daß „viele Firmen auch heute noch unter dem Verlust des Handels mit Deutschland empfindlich zu leiden hätten“.

Es wird sich schon erweisen, daß der Engländer Nor-mann Angel die Lage, in welche die englische Industrie in einem Kriege geraten werde, weit zutreffender beurteilte als die Männer, die solche Urteile in den Wind schlugen und in der Ansicht, England werde das Geschäft machen wie gewöhnlich, das Land in den Krieg verwickelten. Normann Angel hatte recht, als er warnend rief: Das ist eine falsche Rechnung!

Betriebsgewinne der Textilaktien-gesellschaften.

Erdmannsdorfer A.-G. für Flachsgarnmaschinen-spinnerei und Weberei im Zillertal (Riesengebirge).

Das Unternehmen erzielte im verfloffenen Geschäftsjahr einschließlich Vortrag einen Gewinn von 1 390 246 Mark (i. B. 900 005 Mf.). Nach Abzug der Summe für Abschreibungen in Höhe von 270 721 Mf. (236 311 Mf.) und der Handlungskosten von 173 002 Mf. (119 728 Mf.) verbleibt ein Reingewinn von 761 814 Mf. (418 628 Mf.). 8 (6) Proz. Dividende werden verteilt. 300 000 Mf. werden zur Kriegsrücklage und 87 471 Mf. auf neue Rechnung vermandt.

Spinnerei und Weberei Steinen, A.-G. in Steinen i. W.

Die Gesellschaft, an der Schweizer Kapital beteiligt ist, konnte in dem Geschäftsjahr 1915 einen Rohgewinn von 567 000 Mf. (i. B. 276 380 Mf.) erzielen. Die Abschreibungen werden mit 177 720 Mf. (177 560 Mf.) vorgenommen, diejenigen auf ausstehende Forderungen mit 4975 Mf. (11 936 Mf.). Es verbleibt ein Reingewinn von 328 305 Mf. (30 884 Mf.) bei 1,6 Mill. Aktienkapital. Zugänglich des Vortrags von 15 737 Mf. (48 853 Mf.) standen zur Verfügung der Hauptversammlung 344 043 Mf. (79 737 Mf.). Daraus werden 6 Proz. (4 Proz.) Dividende mit 96 000 Mf. (64 000 Mf.) verteilt.

Zoll- und handelspolitische Nachrichten.

Die englische Ausfuhr von Textilfabrikaten.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Quantitäten und den Wert der Ausfuhr von Textilzeugnissen in den letzten drei Jahren.

Quantitäten	1915	1914	1913
Baumwollgarne . . lbs	188 178 700	178 527 800	210 175 500
Baumwollwaren . . yds	4 748 904 600	5 735 854 700	7 075 558 400
Jute lbs	36 733 100	34 753 100	41 974 500
Jutewaren yds	109 153 800	134 738 800	172 386 000
Leinengarne lbs	6 417 800	12 464 100	16 337 300
Leinewaren yds	128 824 100	178 892 100	193 695 500
Wollengarne lbs	12 628 300	33 341 100	54 277 500
Wollentücher yds	92 445 900	81 993 700	105 957 100
Wollengebebe yds	55 590 800	70 304 400	62 511 900

Werte
Baumwolle, Garne . £ 10 312 934 11 973 056 15 007 017
Tücher " 64 702 574 79 182 753 97 820 623
Jute, Garne " 774 967 874 077 781 125
Gespinnte " 2 342 835 2 555 288 3 065 062
Leinen, Garne " 535 244 886 714 1 215 443
Tücher " 4 937 327 5 481 373 5 967 766
Wollengarne " 1 988 472 3 419 569 5 461 797
Wollentücher " 16 491 463 11 598 063 14 466 625
Wollengebebe " 6 100 124 6 205 372 6 187 789

lbs = 1 engl. Pfd.; yds = 1 Yard; £ = 20,40 Mt.

Diese Ziffern zeigen deutlich, daß der Bewegung der Wertziffern in den meisten Fällen die Bewegung der Quantitätsziffern nicht entspricht. Quantitativ ist die Ausfuhr teilweise recht stark zurückgegangen.

Organisationsfragen.

Der Zusammenbruch des deutschen Großhandels.

Der Weltkrieg ist ein mächtiger Förderer des Organisationsgedankens, ein mächtiger Förderer der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Faktoren. Vor kurzem berichteten wir über groß angelegte Organisationspläne innerhalb der deutschen Textilindustrie, über Organisationspläne, die bezwecken, der deutschen Textilindustrie für die Interessenkämpfe nach dem Kriege mehr politische Macht zu sichern. Jetzt können wir berichten über den Zusammenbruch des deutschen Großhandels. Es ist ein Zentralverband des deutschen Großhandels gegründet worden, der als Interessenvertretung des Großhandels in dessen Namen die nötig werdenden Verhandlungen führen soll mit anderen Wirtschaftsverbänden und vor allem mit den amtlichen Behörden. Diese neue Zentralstelle des Großhandels wird zu allen den Großhandel berührenden Fragen Stellung nehmen und sich zum Sprachorgan der Forderungen und Wünsche dieses Zweiges des deutschen Wirtschaftslebens machen. Es wird von den Interessenten gesagt, es habe bisher an einer solchen Stelle gefehlt und darum seien oft Gesetze gemacht worden und Verordnungen ergangen, ohne daß die Beteiligten in ausreichender Weise zum Worte gekommen seien. Der gesamte Großhandel soll in dem Zentralverband zusammengefaßt werden und die engen Beziehungen zu Gesetzgebung und Verwaltung zu gewinnen suchen, die man für nötig hält, um zu verhindern, daß der Großhandel unter Umständen nicht nur Objekt der Gesetzgebung wird. Es wird gesagt, in Zukunft würden nur zentrale Organisationen in der Lage sein, sich bei der Vorbereitung der Gesetze Gehör zu verschaffen und auf deren Gestaltung Einfluß zu gewinnen.

Das letztere ist zweifellos richtig, und sollte vor allem von den Arbeitern auf das ernstlichste beachtet werden. Denn wenn alle Wirtschaftskreise starke Organisationen schaffen, um mehr politischen Einfluß zu gewinnen und um dafür zu sorgen, nicht zum Objekt der Gesetzgebung gemacht zu werden, so besteht die große Gefahr, daß es dann die Arbeiterklasse sein wird, die nur zum Objekt der Gesetzgebung gemacht wird; d. h. der man, wenn sie nicht auch geschlossen und einheitlich auftritt, die ganze Bürde auferlegen wird, welche nach dem Kriege getragen werden muß. Deshalb müssen die organisierten Arbeiter mit Argusaugen darüber wachen, daß ihre Organisation nicht in Trümmer geschlagen wird, zu einer Zeit, wo andere Wirtschaftskreise die größten Anstrengungen machen zu restloser Organisation ihrer Wirtschaftsgenossen.

Für unsere Frauen.

Krieg und Frauenerwerbsarbeit. Frauenerwerbsarbeit und Staatsbürgerrecht.

I.

Die industrielle und technische Entwicklung, die dem Erwerbsleben der Frau den Weg ebnete, brachte es auch mit sich, daß die Frauenerwerbsarbeit während des Krieges eine sprunghafte Steigerung erfuhr. Das Lob, das den Frauen für ihre Bereitwilligkeit zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und ihre Anpassungsfähigkeit an ihnen bisher fremde Arbeitsmethoden gezollt wurde, ist gewiß ein Verdienst. Die ausgedehnte Verwendungsmöglichkeit weiblicher Arbeiter während des Krieges hat aber auch schlagend die Unentbehrlichkeit der weiblichen Arbeit im Produktionsprozeß bewiesen.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat, durch den Krieg noch beschleunigt, Millionen Frauen und Mädchen in Lebensverhältnisse gebracht, die ihren Sinn erwecken müssen für die Zusammenhänge, die zwischen Erwerbsleben und allgemeiner Politik bestehen. Denn die Staatspolitik greift in das Leben jeder erwerbenden Frau, ihr meist unbewußt, bestimmend ein. Und trotz ihrer Bedeutung und Unentbehrlichkeit für das Wirtschaftsleben ist die Frau politisch rechtlos, sie ist nicht in der Lage, einen Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben. Kurz, ihre Stellung in der Gesellschaft ist, trotzdem sie im Wirtschaftsleben des Volkes eine ausschlaggebende Rolle spielt, um nichts besser als die der Frauen in der vorkapitalistischen Zeit. Denn die Gesellschaft vorenthält heute der arbeitenden Frau Rechte, deren die Frau früherer Zeiten, deren Leben sich in den vier Wänden des Hauses abspielte,

viel leichter entzogen konnte. Der arbeitenden Frau der Gegenwart ist das politische Recht eine notwendige Waffe im Kampfe, die ihr immer unentbehrlicher wird, je mehr sich ihre Arbeit und ihr Leben in der Öffentlichkeit auswirken muß.

Die soziale Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit von heute muß auch die veralteten Rechtsbegriffe umformen. Es kann nicht angehen, daß die Frauen keinen Anteil an der Gesetzgebung haben, der sie untersteht. Wird die Kulturhöhe eines Volkes beurteilt nach der Stellung, die die Frau im Volksganzen einnimmt, so sind wir von hochentwickelter Kultur noch recht fern. Denn nach dem heute noch geltenden Recht ist die Frau eine politische Unmündige, deren Rechtlosigkeit im Widerspruch steht zu ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben. Es ist deshalb nur natürlich, daß alle denkenden Arbeiterinnen diesen Rechtszustand als einen ihrer unwürdigen empfinden und durch Eroberung der Staatsbürgerrechte einen bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen wollen. Der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frauen muß die politische folgen, wenn die Entwicklung der staatlichen Einrichtungen nach dem Kriege eine die Gesamtheit des Volkes fördernde werden soll.

Die ihre Arbeitskraft wertverrende Frau wird bald erkennen, daß sie durch ihre Arbeit in Zusammenhang kommt mit Einrichtungen, deren Bedeutung sie früher nicht kannte oder doch unterschätzte. Die sozialpolitische Gesetzgebung, die der Arbeiterin ausreichenden Schutz gewähren muß durch Regelung ihrer Arbeitszeit und Ueberwachung der Betriebs-einrichtungen, wird ihrem Verständnis näher gebracht, weil alle Arbeiterinnen von dieser Gesetzgebung erfaßt werden. Zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bedarf sie des Koalitionsrechtes. Sie muß daran interessiert sein, daß diese Gesetzgebung einen dem Wohle der Arbeiterklasse dienenden weiteren Ausbau erfährt. Als Mutter, die außerhalb des Hauses für ihre Kinder arbeiten muß, hat sie ein Recht zu verlangen, daß die Gesellschaft Einrichtungen schafft, die während der Abwesenheit der Mutter die Kinder in Obhut und Pflege nehmen. Sie muß auch Einfluß auf die öffentlichen Erziehungsanstalten gewinnen, denen sie ihre Kinder zur Erziehung und Ausbildung anvertrauen muß. Sie hat von diesen Anstalten zu verlangen, daß Geist und Körper des Kindes, frei von konfessionellen Einflüssen, harmonisch zur höchsten Vollkommenheit entwickelt werden. Als werdende Mutter hat sie zu fordern, daß Entbindungs-, Wöchnerinnen-, Wälder- und Säuglingsheime geschaffen und aus allgemeinen Mitteln erhalten werden. Weiß sie doch, wie bestimmend für das ganze spätere Leben ihres Kindes es ist, wie es ins Leben tritt und wie es in der ersten Lebenszeit umjorgt und gepflegt wird. Daß genug Krankenanstalten, Altersheime usw. vorhanden seien, die Witwen-, Waisen- und Altersfürsorge so ausgebaut werde, daß sie zu einer wirklichen Fürsorge wird, das kann keiner Frau gleichgültig sein. Jede erwerbende Frau wird die Zoll- und handelspolitische mit starkem Interesse beobachten müssen, weil sie als Warenherstellerin und -verbraucherin Vorteile davon haben kann oder darunter zu leiden hat: als Herstellerin, weil von Rohstoffzufuhr und Absatzmöglichkeit vom und nach dem Ausland ihr Arbeitsverhältnis bestimmt beeinflusst wird und Arbeitslosigkeit für sie meist gleichbedeutend mit Hunger ist, als Verbraucherin, weil durch Höhe und Verbrauchsabgaben ihre Lebenshaltung künstlich verteuert wird und ihr sauer verdientes Geld an Kaufkraft dadurch verliert. Hat die durch den Krieg hervorgerufene Teuerung der Frau nicht grausam deutlich zum Bewußtsein gebracht, wie sie unter der Auswucherung noch mehr als unter der Knappheit der Lebensmittel zu leiden hat, und daß sie, rechtlos wie sie ist, kein Mittel hat, sich dagegen zu wehren? Hat sie weniger Interesse daran, ob die Lasten des Staates gerecht verteilt werden? Daß denen, die es tragen können, den Reichen, der größere Teil dieser Lasten auferlegt wird, um die schon schwer um ihre Existenz ringenden arbeitenden Klassen möglichst zu schonen?

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Die Unterstützung in Burg b. M.

An Unterstützung wird gewährt 50—90 Proz. des Verdienstausfalles, nach Stunden berechnet. Als Verdienst gilt, auf die Stunde berechnet, für Männer der volle durchschnittliche Wochenverdienst geteilt durch 60, für Frauen desgleichen geteilt durch 58. Als Wochenverdienst gilt für Arbeitslose und Erwerbsbeschränkte der Verdienst ihrer jeweils letzten Arbeitswoche auf 60 bzw. 58 Stunden aufgerechnet. Die Unterstützungen sind in der Regel Geldunterstützungen, sie können aber auch in Naturalien gewährt werden. Auf die Unterstützung wird ganz angerechnet der Arbeitsverdienst, der aus einer anderen nicht nur gelegentlichen Beschäftigung erzielt wird. Zur Hälfte angerechnet werden die Zinsen von Sparguthaben und etwaige Rentenbezüge, dagegen bleiben Unterstützungen aus privaten Mitteln unberücksichtigt. Die Rechte an der Sozialversicherung bleiben den Versicherten gewahrt; die Beiträge werden weiter geleistet und der auf die Versicherten entfallende Anteil wird ihnen von der Unterstützung abgezogen. Die Unterstützung trat am 16. April d. J. in Kraft.

Vermischtes.

Teure Kleider.

Ein Beschluß der Vereinigung der Schneiderfirmen Wiens hat den Preis der Herrenkleider um 50 Proz. erhöht. Nun kostet z. B. ein Saffozug auf Serge gefürtzt in den beiden unteren Klassen minimal 140 Kronen resp. 160 Kronen, in den beiden mittleren Klassen 180 Kronen resp. 200 Kronen und in den beiden höchsten Klassen auf Seide gefürtzt 250 Kronen resp. 300 Kronen. Gegen die Tuchhändler wurde der Vorwurf der Preistreiberei erhoben.

Fachtechnisches.

Das Reißen von Kettfäden.

Nach den gemachten Angaben ist zu empfehlen, während des Arbeitsprozesses bei offenem Fach, hinter dem Geschirr, durch Betasten der oberen und unteren Kettenfäden, festzustellen, ob beide Fächer gleichmäßig angepannt sind. Gleichmäßige Spannung ist durch entsprechende Einstellung des Kettenstreifenbaumes leicht zu erzielen. Bei beweglichem

Streichriegel ist darauf zu achten, daß beim Anschlag der Lade die Kettfäden nicht übermäßig ausgepannt werden; der Hub des betreffenden Hebels ist zu kürzen. Das angegebene Nichtvorarbeiten läßt vermuten, daß der Kettenbaum über die bedingte Straffe angepannt sein könnte. — Holzschützen müssen öfter mit feinem Glaspapier abgerieben werden, die Spitzen des Schützens müssen unbedingt spitz und glatt, dürfen nicht im geringsten flach oder edig sein. Bei eisernen Schützen ist im besonderen darauf zu achten, daß bei den Schützenrädern die Seitenplatten fest am Leder sitzen und nicht über die Lederrolle hervorstecken; die Kanten der Eisenplatten zerschneiden beim Hindurchgleiten des Schützens durch das Fach die Kettenfäden. Reißen die Kettenfäden meistens von ein und denselben Schützen, so ist bei offenem Fach zu untersuchen, ob die Fäden zu straff oder zu locker gespannt sind, und gegebenenfalls dem Uebel abzuhelfen.

Wilhelm Förster, Chemnitz.

Berichte aus Fachkreisen.

Aachen. In der Mitgliederversammlung vom 7. Mai wurde, nach einem mit vielem durchschlagenden Material über die Finanzkraft unseres Verbandes in der Vergangenheit und Gegenwart belegten Vortrage des Kollegen Brüggemann, einstimmig beschlossen, nach dem Kriege, bei guter Konjunktur, die 30-Pf.-Klasse aufzuheben, so daß von diesem Zeitpunkte an, der vom Zentralvorstand nach Veräußerung mit der Ortsverwaltung bestimmt wird, für weibliche Mitglieder als Mindestbeitrag 45 und für männliche Mitglieder 55 Pf. gelten soll. — In der Diskussion hatte man sich einmütig im Sinne der Resolution und des Vortrages ausgesprochen.

Berlin. (Situationsbericht zur Lohnbewegung in der Teppichfabrik Benjamin Co. in Berlin.) Nach mehrmonatiger Arbeit waren die Bestellungen der Militärbeden fertiggestellt. Das Teppichlager wurde während der Zeit des Krieges vom Inlande geräumt, und als ein einigermaßen brauchbarer Ersatzstoff für Jute erfinden wurde, begann die Firma mit der Herstellung von Arminsterteppichen. Das sollte solange fortgesetzt werden, wie der Vorrat der schon vor dem Krieg hergestellten Vorrarbeit oder Chemieleichte. Diese Vorrarbeit hat aber naturgemäß durch das lange Hängen gelitten, der Ersatzstoff für Jute läßt sich auch nicht so gut verarbeiten wie die eigentliche Jute. Dazu noch die gänzlich veränderten Lebensverhältnisse mit eingerechnet, ergaben sich Zustände, die die Arbeiterschaft zu höheren Löhnen als die vor dem Krieg üblich gewesen zu fordern. Da auch in den anderen Teppichfabriken Berlins: Proben, Feibich, Schwendh, zur Zeit Teppiche gewebt werden, wurde eine Sitzung der Vertrauensleute der Teppichwebereien einberufen, die dann beschloß, 30 bis 35 Proz. Lohnzulagen auf die alten Friedenslöhne zu fordern. Diese Forderung wurde nur bei Benjamin zur Durchführung gebracht, hingegen bei den anderen Firmen nur auf einzelne Artikel mehr Lohn gezahlt und bei Feibich 15 bis 25 Proz. Zuschlag zum Wochenverdienst, außerdem zahlen Feibich, Proben und Schwendh 1 bis 2 Mt. als Entschädigung für den freien Arbeitstag. Bei Benjamin erhalten die Lohnarbeiter für die verkürzte fünfjährige Arbeitszeit ihren vollen Wochenlohn ohne Abzug, und für die Affordarbeiter ist die Bezahlung der Nebenarbeiten von 40 auf 50 Pf. Stundenlohn erhöht worden. Die Arbeiterchaft von Benjamin erreichte für 23 Kollegen und 23 Kolleginnen eine wöchentliche Gesamtzulage von 240 Mt., das macht einen Stundenmehrwert von 15 1/2 Pf. für die männlichen und 7 1/2 Pf. für die weiblichen Kolleginnen, bei 45 stündiger Arbeitszeit pro Woche.

Wülfegiersdorf. Wir weisen auf die am 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, beim Gastwirt Hannig in Donnerau stattfindende öffentliche Textilarbeiterversammlung heute schon hin, in welcher Gauleiter Otto Fritsch aus Riegnitz über das Thema: „Die Textilarbeiter-Erwerbslosenfürsorge in Wülfegiersdorf und Umgegend“ sprechen wird. Es wäre zu wünschen, daß auch diese Versammlung wieder ein volles Haus zeige, denn nur durch Einigkeit und Zusammenhalten ist es uns möglich, Fortschritte zu erzielen.

Tailfingen. Am Sonntag, den 7. Mai, fand im „Museum“ eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Gauleiter H. J. K. einen lehrreichen Vortrag über: „Die Erwerbslosenfürsorge“ hielt. Wie notwendig diese Unterstützung gegenwärtig ist, bewies der Redner durch die fortwährend steigenden Lebensmittelpreise. Des weiteren führte der Redner aus, daß der Deutsche Textilarbeiterverband nach jeder Richtung, namentlich aber in Sachen der Unterstützung seine Pflicht und Schuldigkeit in vollstem Maße getan hat, was von der Versammlung auch allgemein anerkannt wurde. Zum Schluß kam der Redner noch auf die finanziellen Verhältnisse des Verbandes zu sprechen und betonte, daß, wenn nach dem Kriege wieder bessere Verhältnisse eintreten, für die weiblichen Mitglieder die 30-Pf.- und für die männlichen die 40-Pf.-Beiträge verschwinden müssen.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 21. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 2. Langensalza. K: Wilhelm Wagner, Hünfeldsgasse 20. Alles an diesen.
Gau 8. Zeitz. V und K: Frau E. Achilles, Feldstr. 32.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Elberfeld. Reinhold Wielisch, Weber, 49 J.
Gera. Emil Büttner, 46 J., Herzleiden.
Greiz. Otto Hartmann, Färbereiarbeiter, 39 J., Lungenleiden. Hulda Sporn, Weberin, 38 J., Magenkrebs.
Leipzig. Bruno Gläser, Spinner, 41 J., Lungentuberkulose. Ella Rögner, extrunken.
Neumünster. Franz Frosch, 33 J., Lungentuberkulose.
Oberlungwitz. Frida Elisabeth Steinbach, Aufstoßerin, 24 J., Halsleiden.

Zu Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Berlin. Kurt Böttsche, Arbeiter, 35 J.
Elberfeld. Johann Ludas, Fabrikarbeiter, 19 J. Otto Gerhards, Fabrikarbeiter, 36 J. Robert Meinig, Weber, 21 J.
M.-Glabbach. Justus Schubert (Angestellter des Verbandes).
Glauchau. Max Gürth, 25 J. Greiz. Max Hoffmann, Appreturarbeit, 21 J. Greiz. Kurt Emil Laich, Färbereiarbeiter, 26 J. Helmbrechts. Christian Kopp, 25 J. Adam Kopp, 30 J. Hof. Karl Leupold, Weber, 22 J. Kassel. Lorenz Schüler, Schwarzenberg, 36 J. Lambrecht. Georg Groell, 26 J. Karl Ehler, 23 J. Plauen i. B. Robert Haubenschild, Tüllweber, 40 J. Reichenbach i. B. Oswald Fiedler, 20 J. Stuttgart-Brühl. Eugen Deutenmüller, Weber, 34 J. Zwickau. Max Schmidt, Niederhau, 21 J.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 20. Mai

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vordrucks Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.